

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am Donnerstag, den 28.05.2015, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Ratsmitglied Peter Kendziora SPD

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Walter Bodelier SPD

Herr Ratsmitglied Wilhelm Brosch SPD

Herr Ratsmitglied Klaus Fehr SPD

Frau Fraktionsvorsitzende Nadine Leonhardt SPD

Frau Ratsmitglied Brigitte Priem SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr 2. stellv. Bürgermeister Wilfried Berndt für RM Müller CDU

Herr Ratsmitglied Jörg Els CDU

Herr Ratsmitglied Mark Pützer CDU

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder UWG-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Erich Spies UWG

Herr Ratsmitglied Manfred Waltermann ab 18.30 Uhr für RM Erich Spies UWG

Sachkundige Bürger SPD-Fraktion

Herr Harald Kommer SPD

Herr Ratsmitglied Dietmar Krauthausen für skB Köhler SPD

Herr Thomas Leßner SPD

Frau Regina Rehahn SPD

Sachkundige Bürger CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Thomas Graff für skB Weidenhaupt/ bis 19.05 Uhr CDU

Herr Heinz Kempen für skB Weidenhaupt/ ab 19.05 Uhr CDU

Herr Thomas Krause CDU

Sachkundige Bürger FDP-Fraktion

Herr Christian Braune FDP

Sachkundige Bürger Fraktion DIE LINKE

Herr Fraktionsvorsitzender Albert Borchardt für skB Schürmann Die LINKE

Sachkundige Einwohner

Herr Reiner Leusch BUND - Ortsgruppe Eschweiler

Weitere beratende Mitglieder

Herr Klaus-Dieter Bartholomy

Gäste:

Herr Dr. Oerder Lenz und Johlen Rechtsanwälte Partnerschaft mbH

Von der Verwaltung

Herr Dr. Christoph Bravidor	
Frau Marie-Antoinette Breil	Verwaltung
Herr Leo Breuer	Verwaltung
Herr René Costantini	Verwaltung
Herr Erster und Technischer Beigeordneter Hermann Gödde	Verwaltung
Herr Helmut Gühsgen	Verwaltung
Herr Gerhard Handels	Verwaltung
Herr Dr.-Ing. Bernd Hartlich	Verwaltung
Herr Dieter Kamp	Verwaltung
Herr Franz-Josef Prinier	Verwaltung
Herr Wilhelm Reinartz	Verwaltung
Herr Florian Schoop	Verwaltung

Schriftführer/in

Herr Michael Mathar	Verwaltung
---------------------	------------

Abwesend:

Stv. Vorsitzende/r

Herr Ratsmitglied Marc Müller	CDU
-------------------------------	-----

Sachkundige Bürger SPD-Fraktion

Frau Angelika Köhler	SPD
----------------------	-----

Sachkundige Bürger CDU-Fraktion

Herr Sascha Weidenhaupt	CDU
-------------------------	-----

Sachkundige Bürger Fraktion DIE LINKE

Herr Wilhelm Schürmann	Die LINKE
------------------------	-----------

Herr AVors. Kendziora eröffnete die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses um 17.30 Uhr und begrüßte die Ratsmitglieder, die sachkundigen Bürger und Einwohner, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer. Anschließend stellte er fest, dass die Einladung zur Sitzung sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugestellt wurden und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben war. Weiterhin wies er die Ausschussmitglieder auf die zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 i.V.m. § 43 Abs. 2 GO NRW hin.

Herr RM Widell regte an, den Tagesordnungspunkt 1.2 zusammen mit dem Antrag seiner Fraktion zum Bebauungsplanverfahren „Waldsiedlung“ zu behandeln.

Herr RM Pützer beantragte die Absetzung des Tagesordnungspunktes 1.2, da die CDU-Fraktion erst durch den Pressebericht (21.05.2015) Kenntnis über wichtige Details erlangt habe und eine inhaltliche Positionierung aufgrund der Kürze der Zeit nicht erfolgen konnte. Sofern eine Beratung des Tagesordnungspunktes erfolge, werde die CDU-Fraktion den Saal verlassen.

Herr RM Widell machte deutlich, dass eine Absetzung nicht zielführend sei, da man dann in der Sache nicht weiterkomme und das Thema in der Septembersitzung erneut auf der Tagesordnung stehe. Aus seiner Sicht sei es vielmehr sinnvoll, das Thema auf der heutigen Sitzung zu behandeln und ggf. nach erfolgter Diskussion eine Vertagung zu beschließen. Heute bestünde jedoch die Möglichkeit zur Sachverhaltsaufklärung, da die Verwaltung auch externe Juristen geladen habe.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses lehnten anschließend den Antrag der CDU-Fraktion auf Absetzung des Tagesordnungspunktes mit 14 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, FDP, UWG, Linke) bei 5 Ja-Stimmen (CDU) ab.

Herr skB Braune wies darauf hin, dass die Niederschrift zum Tagesordnungsordnung 6.1 unvollständig sei. Er habe um Prüfung und Mitteilung gebeten, ob die Neuregelungen in der Arbeitsstättenverordnung berücksichtigt worden seien.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass sie in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Bauleitplanung	
1.1	2. Änderung des Flächennutzungsplans - Konzentrationszonen für Windenergieanlagen - hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Beschluss der Flächennutzungsplanänderung	101/15
1.2	5. Änderung des Bebauungsplanes 46 -Waldsiedlung-	147/15
1.3	1. Änderung des Bebauungsplans 110 - Wynandsgässchen - , hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	159/15
1.4	2. Änderung des Bebauungsplans 123 - Maarfeld -; hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	161/15
1.5	2. Änderung des Bebauungsplans 200 - Industrie- und Gewerbepark I -, Aufstellungsbeschluss und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	158/15
1.6	Bebauungsplan 252 - Neue Höfe Dürwiß Sebastianusstraße -; hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	162/15
2	Verkehr	
2.1	Straßenbeleuchtung: Lichtmanagement - Überprüfung der Halbnachtschaltung sowie der Betriebszeiten an fußläufigen Verbindungen und Parkplätzen	121/15
2.2	Dreieckstraße / Franz-Liszt-Straße	148/15
2.3	Einrichtung von Elternhaltestellen	117/15
2.4	Verkehrskonzept Hehlrath, hier: Ergebnis der Bürgerversammlung	173/15
3	Bericht AGO vom 21.05.2015	
4	Kenntnisgaben	
4.1	Neugestaltung des Schulhofes an der GGS Weisweiler	134/15
4.2	Kataster Ausgleichsflächen hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler vom 09. März 2015	174/15
5	Anfragen und Mitteilungen	
5.1	Verfügungsfonds -Öffentlichkeitsarbeit-	

Nicht öffentlicher Teil

6	Kenntnisgaben	
6.1	Beschlusskontrolle	175/15
7	Anfragen und Mitteilungen	

Öffentlicher Teil

1	Bauleitplanung	
1.1	2. Änderung des Flächennutzungsplans - Konzentrationszonen für Windenergieanlagen - hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Beschluss der Flächennutzungsplanänderung	101/15

Frau RM Leonhardt machte einleitend deutlich, dass sich die SPD intensiv mit den Bedenken der Bewohner aus den Stadtteilen Fronhoven/ Neu-Lohn befasst habe. Man müsse sich als Kommune der Energiewende stellen, so dass die SPD-Fraktion die Verwaltungsvorlage grundsätzlich mittrage, sofern keine unzumutbaren Härten für die Bürger aus den Stadtteilen Fronhoven und Neu-Lohn entstünden. Aus diesem Grund bat sie die Verwaltung um Prüfung, inwieweit geregelt werden könne, dass bestimmte Mindestabstände eingehalten werden.

Herr TB Gödde berichtete, dass die Problematik bereits im Verwaltungsvorstand thematisiert worden sei. Seitens der Verwaltung werde für die Ratssitzung am 17.06.2015 eine Vorlage für die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich nördlich Fronhoven/ Neu-Lohn mit dem Ziel vorgelegt um Mindestabstände von 1.120 m zur Bebauung festzusetzen. Voraussichtlich in der Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses im September könne dann eine Vorlage mit weiteren Konkretisierungen beraten werden.

Herr RM Spies wies auf die aktuellen Diskussionen im Bundestag zum Thema „Windenergieanlagen“ hin, in denen u.a. der Mindestabstand der Anlagen gesetzlich geregelt werden solle. Es stelle sich die Frage, ob diese im Raume stehenden Neuregelungen Auswirkungen auf die Verfahren haben. In der jetzt vorliegenden Form könne die Änderung daher nicht mitgetragen werden.

Herr skB Braune machte deutlich, dass beim Thema „Windenergie“ immer einstimmige Beschlüsse gefasst worden seien. Wegen der im Raume stehenden Bedenken der Bürger aus Fronhoven und Neu-Lohn stelle sich die Frage, wieso man heute einen Beschluss fassen müsse. Auch berichtete er über seine Erfahrungen aus St. Jöris, wo die Anlagen lediglich einen Abstand von 600 m zu Wohnbebauung hätten und zu erheblichen Beeinträchtigungen führten. Aus den v.g. Gründen müsse ein Konsens mit allen Beteiligten gefunden werden, so dass zum heutigen Zeitpunkt eine Zustimmung der FDP nicht erfolgen könne.

Herr RM Widell wies darauf hin, dass die Potenzialstudie deutlich aufgezeigt habe, dass im Eschweiler Stadtgebiet nur wenige Flächen zur Aufstellung von Windkraftanlagen geeignet seien. Wer die Energiewende wolle, müsse auch die entsprechenden Beschlüsse fassen. Der Vorschlag der Verwaltung, durch einen Bebauungsplan die Planungen „fein zu steuern“, sei sinnvoll und werde mitgetragen.

Herr RM Borchardt machte deutlich, dass es nur wenige Flächen gäbe, wo der Abstand von 1.120 m eingehalten werde. Man müsse den Mut haben, im Sinne der Energiewende die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Frau RM Leonhardt zeigte Verständnis für die Befürchtungen der Bürger. Aus diesem Grund müsse man Sicherheit für die Betroffenen schaffen, so dass die Aufstellung des Bebauungsplanes erforderlich sei.

Herr RM Berndt mahnte eine Entscheidung im Sinne der betroffenen Bürger an; die im Rat vertretenden Fraktionen sollten mit den Bürgern sprechen, um dann am 17.06.2015 in der Ratssitzung einen Beschluss zu fassen. Aus diesem Grund werde die Fraktion heute nicht mitstimmen.

Herr AVors. Kendziora fasste aufgrund der erfolgten Diskussion zusammen, dass sowohl die CDU- als auch die UWG-Fraktion heute keine Entscheidung treffe, da noch Gesprächsbedarf bestünde, so dass sich die beiden Fraktionen zum jetzigen Zeitpunkt enthalten würden.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten anschließend mit 12 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Linke), 1 Nein-Stimme (FDP) bei 6 Enthaltungen (CDU, UWG) dem nachfolgenden Beschlussentwurf zu:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen, **s. Anlagen 1**.
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen, **s. Anlagen 2**.
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.

IV. Die 2. Änderung des Flächennutzungsplans - Konzentrationszonen für Windenergieanlagen -, s. Anlage 3, mit Begründung einschließlich Umweltbericht, s. Anlage 4, wird beschlossen.

1.2 5. Änderung des Bebauungsplanes 46 -Waldsiedlung- 147/15

Nach Verlesung des Tagesordnungspunktes verließ die CDU-Fraktion - wie zu Beginn der Sitzung angekündigt - den Sitzungssaal.

Herr TB Gödde machte zu Anfang deutlich, dass das Verfahren in der Öffentlichkeit bedauerlicherweise in den letzten Wochen etwas unsachlich diskutiert worden sei. Aufgrund der im Raume stehenden Vorwürfe gegen Mitarbeiter der Verwaltung wurde Herr Dr. Oerder zur Wahrung der städtischen Interessen beauftragt, der gerne Fragen zum Verfahren beantworte.

Herr RM Widell wies auf die Anfrage seiner Fraktion vom 20.05.2015 hin, die eine Vielzahl von Punkten aufgreife und deren Diskussion in der heutigen Sitzung sicherlich zur Versachlichung beitrage.

Herr TB Gödde führte aus, dass er die Fragen gerne beantworte, jedoch wegen der komplexen Materie sowie der besonderen Problematik die Antworten wörtlich ablese. Anschließend ging er ausführlich auf die mit Schreiben vom 20.05.2015 gestellten Fragen ein.

Herr RM Widell bat die Stellungnahme bzw. die Antworten dem Protokoll beigezufügen. Des Weiteren führte er aus, dass er die erforderlichen Informationen erst durch die Presse erhalten habe. Aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes könne er die Verwaltungsvorlage nicht mittragen.

Herr **RM Waltermann** stellte klar, dass es sich anfangs um ein normales Verfahren zu handeln schien. Erst später seien die eigentlichen Probleme deutlich geworden, was sehr bedauerlich gewesen sei. Wegen der bekannten Ausgangslage müssen nunmehr aber die Gerichte über den weiteren Verlauf entscheiden.

Frau RM Leonhardt machte deutlich, dass nach vielen Gesprächen mit Bürgern diese derzeit eine Änderung des Bebauungsplanes nicht wünschten, so dass der Beschlussvorschlag B zu favorisieren sei.

Herr RM Widell wies auf die letzte Sitzung der AGO hin, die sehr aufschlussreich gewesen sei und zur Entscheidungsfindung beigetragen habe. Eine Erweiterung der Bebauung sei sicherlich möglich; diese könne jedoch nur einvernehmlich umgesetzt werden.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten anschließend einstimmig (ohne CDU) dem nachfolgenden Beschlussentwurf zu:

Die Aufstellung der 5. Änderung des Bebauungsplanes 46 -Waldsiedlung- wird nicht beschlossen.

Anmerkung des Schriftführers:

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Die Sitzung wurde anschließend von Herrn **AVors. Kendziora** um 18.55 Uhr für 10 Minuten unterbrochen.

1.3 1. Änderung des Bebauungsplans 110 - Wynandsgässchen - , hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss 159/15

Herr skB Braune verdeutlichte, dass der Bebauungsplan aufgrund der hohen Kosten für die Grundstückseigentümer, des Widerstandes einiger Anlieger sowie der aus seiner Sicht nicht optimalen Erschließung der Grundstücke der Bebauungsplan nicht weiter verfolgt werden solle. Eine Zustimmung seiner Fraktion könne daher nicht erfolgen.

Herr RM Widell sah aufgrund der bekannten Ausgangslage eine Entwicklung des Gebietes als entbehrlich an; zumal sich die Anlieger bisher nicht einig seien.

Herr RM Widell wies darauf hin, dass es sicherlich vorkommen könne, dass das Bauhandbuch nicht eingehalten werde. Aus diesem Grund stelle sich für ihn die Frage, wie gewährleistet werden solle, dass die Vorgaben eingehalten werden.

Herr TB Gödde machte deutlich, dass erst nach vertraglich fixierter Abstimmung des architektonischen Entwurfes der eigentliche Verkauf des Grundstückes erfolge. Weiterhin berichtete er, dass das Interesse an diesem Baugebiet sehr groß sei.

Herr RM Berndt zeigte sich erfreut, dass die Parkplatzproblematik aufgegriffen wurde und sich die Situation gegenüber dem ersten Entwurf verbessert habe. Aus diesem Grund werde die CDU-Fraktion von ihrem vorliegenden Antrag zur Parkplatzproblematik derzeit Abstand nehmen. Ggf. werde dieser später – sofern erforderlich – wieder aktiviert.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten anschließend dem nachfolgenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Der Bebauungsplans 252 – Neue Höfe Dürwiß Sebastianusstraße – (Anlagen 3) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 4) als Abschlussbegründung hierzu.

2 Verkehr

2.1

Straßenbeleuchtung: Lichtmanagement - Überprüfung der Halbnachtschaltung sowie der Betriebszeiten an fußläufigen Verbindungen und Parkplätzen

Frau RM Leonhardt machte einleitend deutlich, dass die seitens der Verwaltung vorgebrachten Einsparvorschläge mit Augenmaß vorbereitet worden seien, gleichwohl bestimmte Maßnahmen aus Sicherheitsgründen geprüft werden müssten. Aus diesem Grund würde der Beschlussvorschlag nur unter der Maßgabe mitgetragen, dass vor Abschaltung von Beleuchtungsanlagen jeweils eine Entscheidung des Fachausschusses einzuholen sei.

Herr RM Widell sah es ebenfalls als erforderlich an, vor Abschaltung der Anlagen eine Entscheidung des Fachausschusses einzuholen.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem nachfolgenden Beschlussentwurf mit der Maßgabe, vor der Abschaltung von Beleuchtungsanlagen (Straßenzug) Einzelfallentscheidungen des Ausschusses einzuholen, zu:

1. Die aktuellen Schaltzeiten der Halbnachtschaltung werden beibehalten, d.h. die Leistungsreduzierung der Beleuchtungsanlage erfolgt von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr.
2. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen den in der Tabelle in Anlage 3 dargestellten jeweiligen Handlungsoptionen zu.

2.2 Dreieckstraße / Franz-Liszt-Straße 148/15

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss stimmte dem nachfolgenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Der Ausschuss stimmt der geänderten Planung zu und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen weiteren Verfahrensschritte einzuleiten.

2.3 Einrichtung von Elternhaltestellen 117/15

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem nachfolgenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Weisweiler, im Bereich „Auf dem Driesch“ und unmittelbar vor der Kath. Grundschule Dürwiß, auf der Konrad-Adenauer-Straße - wie im Sachverhalt dieser Verwaltungsvorlage näher bezeichnet - Elternhaltestellen einzurichten und nach einem Zeitraum von ca. einem Jahr einen Bericht über die gemachten Erfahrungen vorzulegen.

2.4 Verkehrskonzept Hehlrath, hier: Ergebnis der Bürgerversammlung 173/15

Herr RM Widell machte deutlich, dass der Vorschlag der Verwaltung nicht zielführend sei; eine Zustimmung könne daher nicht erfolgen.

Herr skB Braune berichtete, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Maßnahme nicht zielführend sei; auch stelle sich die Frage, welchen Bereich das Gerät erfasse. Letztendlich würde allerdings nur die sogenannte Osttangente den Bereich entlasten.

Frau RM Leonhardt wies darauf hin, dass die Thematik „Verkehrssituation in Hehlrath“ den Ausschuss seit Jahren begleite. In der Bevölkerung werde dieses Thema jedoch sehr differenziert gesehen, was auch in der Bürgerversammlung deutlich geworden sei. Aufgrund der baulichen bzw. verkehrlichen Situation gäbe es keine einfache Lösung. Die vorgeschlagene Variante stelle eine kostengünstige Möglichkeit dar, um die Geschwindigkeit zu reduzieren. Sofern das Messgerät an diesem Standort nicht mehr benötigt werde, könne dies auch anderweitig eingesetzt werden.

Herr RM Berndt äußerte, dass sich die meisten Verkehrsteilnehmer leider nicht an Geschwindigkeitsbegrenzungen halten würden. Gleichwohl solle man das Gerät installieren, um zumindest den ein oder anderen Verkehrsteilnehmer zu erreichen.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten anschließend mit 17 Ja-Stimmen (SPD, CDU, Linke, UWG) gegen 2 Nein-Stimmen (FDP, Grüne) dem nachfolgenden Beschlussentwurf zu:

Der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss beschließt die Anschaffung eines Dialog-Displays zur Erhöhung der Sicherheit für die Fußgänger in der Straße „An der Fauch“.

3 Bericht AGO vom 21.05.2015

Die Niederschrift der letzten AGO wurde versehentlich dem Ausschuss nicht vorgelegt; diese wird daher der Niederschrift beigelegt.

4 Kenntnissgaben

4.1 Neugestaltung des Schulhofes an der GGS Weisweiler 134/15

Herr RM Widell erkundigte sich nach der Aussage in der Verwaltungsvorlage bezüglich der Sträucher, die als Fallschutz herangezogen werden sollen.

Herr TB Gödde sagte zu, dass in der Niederschrift eine entsprechende Erläuterung aufgenommen werde.

Anmerkung des Schriftführers:

Die Sträucher dienen sowohl als Befestigung für den vorhandenen Erdwall als auch zum Schutz von Flächen, damit diese nicht betreten werden bzw. Personen nicht herunterfallen.

4.2 Kataster Ausgleichsflächen hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler vom 09. März 2015 174/15

Herr RM Borchardt bedankte sich für die Zurverfügungstellung der Unterlagen.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses nahmen die Ausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

5 Anfragen und Mitteilungen

5.1 Verfügungsfonds -Öffentlichkeitsarbeit-

Herr TB Gödde stellte die im Zusammenhang mit dem Verfügungsfonds thematisierten Maßnahmen vor; in diesem Zusammenhang verwies er auf die ausgelegten Flyer für die einzelnen Programme und die Internetseite www.eschweiler-innenstadt-nord.de.

5.2 EU-Richtlinie - Luftreinhalteplan -;
hier: Ausweisung einer Umweltzone

Herr TB Gödde informierte die Ausschussmitglieder, dass seitens des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen bzw. der Bezirksregierung Köln die Einrichtung einer Umweltzone für die Innenstadt geprüft werde. Die Verwaltung versuche, diese mit einer Vielzahl von Maßnahmen zu verhindern, obwohl gewisse Randbedingungen nicht beeinflussbar seien. Für die Septembersitzung werde eine ausführliche Vorlage für den Ausschuss vorbereitet.

Der öffentliche Teil der Sitzung endete um 20.10 Uhr.